

blick nach rechts

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 23 12. November 1997

➔ **Rechte Kameraden** Seite 2

Die in jüngster Zeit bekanntgewordenen rechtsextremistisch motivierten Vorfälle haben die Bundeswehr in die Schlagzeilen gebracht. Nicht Wegleugnen läßt sich allerdings auch, daß ewiggestriges Gedankengut bis in die höchsten Offiziersränge zu finden ist.

➔ **Kräftebündelung** Seite 5

Bislang erfolglos versuchen Abspaltungen der klassischen rechtsextremen Parteien, unter einem gemeinsamen Dach die „Rechte zu einen“. Absicht ist, zur Bundestagswahl im nächsten Jahr neben den „Republikanern“ anzutreten.

➔ **Kollaboration mit Nazis** Seite 7

Drei junge dänische Historiker schockierten mit den Ergebnissen einer Untersuchung über Dänemark während der fünfjährigen Besatzungszeit die Öffentlichkeit: Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden auch von dänischen SS-Leuten begangen.

➔ **Etikettenwechsel** Seite 10

Die Österreich-Ausgabe der „Jungen Freiheit“ hat sich in eine eigenständige Wochenzeitung verwandelt. Unter dem Titel „Zur Zeit“ will man ebenso in Industriekreisen anbandeln.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255-94-190

Rechtsextremismus in der Bundeswehr:

Ungeliebte Kameraden

Die Bundeswehr ist wegen rechtsextremer Vorkommnisse mehrfach in die Schlagzeilen geraten. Auch wenn die Hardthöhe von „Einzelfällen“ spricht, darf nicht übersehen werden, daß rechtslastiges Gedankengut bis in die höchsten Offiziersränge zu finden ist.

Ein neues von Bundeswehrsoldaten gedrehtes Video mit Gewaltszenen und rechtsextremem Hintergrund hat disziplinar- und strafrechtliche Ermittlungen gegen acht aktive beziehungsweise ausgeschiedene Soldaten ausgelöst. Wie das Verteidigungsministerium erklärte, handelt es sich bei dem vom Fernsehsender SAT 1 ausgestrahlten Video um rechtsextreme Vorgänge aus den Jahren 1994 und 1995 im Gebirgsjägerbataillon 571 im sächsischen Schneeberg. Auffällig ist, daß das im Sommer bekanntgewordene „Hammelburger Video“ von Soldaten desselben Bataillons im Jahre 1996 gedreht worden ist.

In dem neuen Video, einer der Hauptakteure ist Mike Rüggeberg, der das filmische Ekelpaket selbst an den Privatsender vermittelte, werden unter anderem der Hitler-Gruß, ein nachgestellter Kampf zwischen Serben und Kroaten, ein gespieltes Interview zur Judenvernichtung sowie die Fesselung eines Soldaten gezeigt. Ferner gibt es Szenen mit rechtsextremer Musik unterlegt, sowie antiamerikanische Haßtiraden. Die etwa drei Jahre zurückliegenden „üblichen Darstellungen und schlimmen Vorgänge“ werden vom Bundesverteidigungsministerium als „schwerwiegend“ bewertet. Hartnäckig beharrt die Hardthöhe allerdings darauf, daß Rechtsextremismus kein Problem in der Truppe sei, sondern es sich lediglich um „Einzelfälle“ handle. Dem stehen jedoch die zahlreichen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund entgegen, die Soldaten begangen haben, und die in den letzten Monaten immer wieder für Schlagzeilen sorgten:

Im August wurden zwei Bundeswehrangehörige als Brandstifter von der Polizei festgenommen, nachdem sie in Dresden eine Unterkunft ausländischer Bauarbeiter angezündet hatten. Die Soldaten gaben den Polizei-Meldungen zufolge ausländischerfeindliche Motive als Grund für die Tat an.

Wenige Tage später bestätigte ein Sprecher der Hardthöhe, daß ein hoher Reserveoffizier der Bundeswehr wegen völkerrechtswidriger Parolen sofort aus Bosnien abgezogen worden sei.

Einen Monat zuvor sorgte das „Hammelburger Video“ für Aufregung. Die Soldaten simulierten Hinrichtungen, Folterungen und Vergewaltigungen in einer Übungspause. Einer der Akteure war der zwischenzeitlich aus der Bundeswehr ausgeschiedene Stabsunteroffizier Tobias Lau. Lau, wegen diverser Delikte bei der Polizei - so Recherchen des „SPIEGEL“ - aktenkundig, gehört zum engeren Umfeld eines ultrarechten Gesprächszirkels in Dresden um Hans-Holger Malcomeß. Malcomeß ist Initiator der Anti-Euro-Kampagne „Aktion 99 - Deutsche Mark“ in Leipzig, eines Bündnisses von DSU bis NPD.

Im März machte ein neunköpfiger Trupp uniformierter Panzerschützen des SFOR-Kontingents in der Detmolder Fußgängerzone Jagd auf Ausländer. Bei zumindest einem der Täter wurde rechtsextremes Material sichergestellt: eine Reichskriegsflagge sowie eine Videokassette mit dem Titel „Stinkende Zecken“. Der Soldat selbst outete sich als Abonnent der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und Sympathisant der „Deutschen Volksunion“. Nach der Verurteilung der Soldaten durch die 3. Strafkammer des Landgerichtes Detmold sprach das „Nationale Infotelefon Schleswig-Holstein“ von „Rachsucht der Obrigkeit“, die sich „Genugtuung verschafft“ hätte.

Serie von „Einzelfällen“

Im vergangenen Mai sollen in der Kyffhäuser-Kaserne im thüringischen Bad Frankenhausen vier Wehrpflichtige den Hitler-Gruß gezeigt und „Sieg Heil“ sowie „Heil Hitler“ gerufen haben, wie erst kürzlich die Berliner Zeitung berichtete. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen aufgenommen; der mittlerweile aus der Bundeswehr ausgeschiedene 22jährige Oliver B. soll mehrfach wegen Volksverhetzung vor Gericht gestanden haben.

Weithin unbekannt ist ein Vorfall aus den Reihen der Bundeswehr, der im September die Ingolstädter Staatsanwaltschaft beschäftigte. In einem rechtsextremen Buch eines Verlegers aus der Nähe Eichstätt, so die „Abendzeitung“ (München), sollen sich auch zwei hochrangige Offiziere verewigt haben: Der eine ist stellvertretender Kommandeur eines U-Boot-Geschwaders, der andere Kapitän bei der NATO in Brüssel. In Gedichten hatten die beiden den Holocaust geleugnet. Zitat: „Nur die Deutschen müssen sühnen für erfundenes Geschehn“.

Dem rechten Ungeist in der Truppe will Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) nach eigenem Bekunden einen Riegel vorschieben. Im Sommer kündigte er an, „ausgewiesenen, aktiven Neonazis und gewaltbereiten rechten Schlägern“ den Weg in seine Truppe zu erschweren. Auf diese Absichtserklärung reagierte die rechtsextreme Szene blitzschnell: Im organisationsübergreifenden Thule-Netz, das als Multiplikator rechtsextremer Publikationen und Diskussionsforum für Neonazis fungiert, gab ein Pseudonymus mit dem bezeichnenden Namen „Schinderhannes“ die Marschroute für seine Kameraden vor. Seinen Gleichgesinnten rät er, „schnellstens“ zur Bundeswehr (Neonazi-Jargon: „Bunzwehr“) zu gehen, ehe die „Gesinnungskontrolle“ greife, denn: „Ausbildung an der Waffe ist einfach durch nichts zu ersetzen.“

Noch deutlicher äußerte man sich unter den rund 150 Usern des Thules-Netzes. So wurde unter anderem offen ausgesprochen, daß an der Waffe ausgebildete Kameraden sich „gegen die BRD zur Wehr setzen“ könnten.

Ähnliche Töne hatte schon vor Monaten das Neonazi-Strategie- u. Ideologieorgan „Umbruch“ verlauten lassen. Herausgeber der Kampfschrift ist Steffen Hupka, Landesbeauftragter der NPD-Nachwuchsorganisation JN in Sachsen-Anhalt. „Jungen Kameraden und Kameradinnen“, die vor der Berufswahl stehen, wird geraten, „eine Ausbildung bei Bundeswehr oder Polizei in Erwägung“ zu ziehen, „mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezialeinheiten das nötige Wissen und Können anzueignen.“

Von echtem Schrot und Korn

Daß sich Rechtsgesinnte in der Bundeswehr wohlfühlen, dokumentierte das „Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr“ (Sowi) in Strausberg schon vor Jahren. Ende 1992 warnten die Sozialforscher vor der Gefahr, daß die Truppe „zunehmend für junge Männer attraktiv ist, die den demokratischen Prinzipien und Werten kaum oder gar nicht verbunden sind.“

Selbst wenn Rechtsextremisten tatsächlich künftig der Weg in die Truppe erschwert wird, hat dort der braune Spuk noch lange kein Ende. Dafür sorgen und sorgen schon hochkarätige Militärs, die selbst ewiggestrige Werte pflegen. Öffentlichkeitswirksam wird dieses Gedankengut jedoch zumeist erst nach der Pensionierung geäußert. Bis dahin hält man sich auch von organisatorischen Zusammenschlüssen politisch Gleichgesinnter fern - der Karriere wegen.

Als Militärs von echtem Schrot und Korn ist das Gebrüderpaar, die Ruheständler Reinhard und Franz Uhle-Wettler, hinreichend bekannt. Reinhard Uhle-Wettler, General a.D., zuletzt bis 1989 stellvertretender Kommandant der 1. Luftlandedivision in Bruchsal, publiziert seit Jahren regelmäßig in rechtsextremen Blättern wie „Nation+Europa“ (NE) und „Junge Freiheit“ (JF) sowie im revanchistischen „Ostpreußenblatt“. Daneben referierte er bei der rechtsextremistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“. Sein Bruder Franz, Generalleutnant a.D., war bis 1987 Kommandeur des Nato-Defence College in Rom. Als gerngesehener Referent tummelte er sich beim Sommerkongreß der „Jungen Freiheit“, für die er auch publizistisch tätig ist.

Gesinnungsbrüder der Uhle-Wettlers sind neben anderen die ebenfalls pensionierten Militärs Günter Kießling (Autor in der rechtsextremen österreichischen Monatsschrift „Aula“), Gerd-Helmut Komossa (Referent beim stramm rechten „Studienzentrum Weikersheim“), Wolfgang Gerhardt (Autor in der „Jungen Freiheit“) oder Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof. Letzterer sorgte beim Neujaahrsempfang '96 des Wehrbereichs II (Hannover) für Wirbel, als er das Bundesverfassungsgericht mit dem Volksgerichtshof der Nazi-Diktatur verglich.

In die 1955 gegründete Bundeswehr kehrten zahlreiche altgediente Kameraden wieder. Ende 1956 kamen von den 38 Generälen allein 31 aus den Generalstäben der Wehrmacht; 100 von 237 Obersts und 84 von 225 Oberstleutnants waren vor bzw. bis 1945 als Generalstabsoffiziere mehr oder weniger führend an der Kriegsführung beteiligt.

Adolf Heusinger, der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, war als Chef der Operationsabteilung bzw. stellvertretender Chef des Oberkommandos der Wehrmacht maßgeblich an den Angriffsplänen und -Operationen u. a. gegen die UdSSR beteiligt. Heinz Trettner, Chef des Bundeswehr-Führungsstabes und Heusinger-Nachfolger, brachte es zuvor bei den Nazis vom Hauptmann bis zum Generalleutnant, u. a. wegen seiner „Fliegerverdienste“ bei der Zerstörung des baskischen Dorfes Guernica 1937.

681 Ritterkreuzträger der Nazi-Wehrmacht fanden bei der Bundeswehr als Berufssoldaten oder Reservisten einen neuen Heimat. „Wir fühlen uns den Soldaten der Bundeswehr verbunden“, heißt es daher auch in den Leitsätzen der revanchistischen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR), die heute noch mehrere hundert Mitglieder in ihren Reihen zählt.

Anton Maegerle

ZWISCHENRUF

Defizite in der Bundeswehr

Für den Kommentator von der Bundeswehruniversität München liegt die Ursache für das Auftauchen der Skandalvideos aus Bundeswehrkasernen in Hammelburg und Schneeberg „nicht an der inneren Führung, sondern an strukturellen Schwächen der allgemeinen Wehrpflicht, die nicht mehr allgemein ist, weil viele die Bundeswehr aus verständlichen (sic!) Gründen oder nicht verständlichen Gründen ablehnen und gar nicht mehr zur Bundeswehr gehen, so daß diese Leute (das sind: die rechtsextremistisch geprägten Soldaten) jetzt in der Bundeswehr überproportional vertreten sind“. Der Vorgesetzte dieses Kommentators, der Oberstudienrat a.D. und derzeitige Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, ist bei seiner Ursachenforschung ein ganzes Stück weiter gekommen. In einem Gespräch mit der Bildzeitung (28.10.1997 - „Rechte Schmutzfinken in der Bundeswehr“) hat er u. a. erklärt, daß er „zweifelhaft Studien über den Offiziersnachwuchs, die einen rechtsextremistischen Zusammenhang herstellen“, für unhaltbar halte. Nach Rühes Ansicht gibt es zu wenig Offiziere von den Grünen und den Jusos. Eine solche Erkenntnis spricht für einen großen Staatsmann. Ist der Leipziger CDU-Parteitag möglicherweise zu früh zuende gegangen, so daß der Kanzler eine falsche Personalentscheidung für den Tag danach getroffen hat? Vielleicht doch nicht,

denn die Rühe-Theorie, konsequent weiter gedacht, besagt ja dann: es gibt zuviele Offiziersanwärter aus der Jungen Union. Aber die können doch nicht dran schuld sein? Ist das vielleicht doch die fatale Diagnose in der Verschlusssache der Hardthöhe zum Thema „Rechtsextremismus in der Bundeswehr“? Zur weiteren Ursachenforschung ist im übrigen als Lektüre der SPIEGEL-Bericht über Kontakte der Bundeswehr zu der ewiggestrigen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ zu empfehlen.

Klaus-Henning Rosen

Rechts weht der Wind

Eine bisher unveröffentlichte Studie, die von der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz durchgeführt wurde und deren Erkenntnisse der Berliner Tagesspiegel am 26. Oktober veröffentlichte, zeigt auf, daß jeder zweite angehende Offiziere politisch rechts steht. Befragt wurden für die Erhebung Offiziersstudenten der Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München, die Ergebnisse mit denen allgemeiner Universitäten verglichen. Danach ergibt sich folgendes Bild: 55 Prozent der Bundeswehr-Studenten ordnen sich selbst als politisch rechts von der Mitte stehend ein; bei den anderen Studierenden sind das in Westdeutschland 40 Prozent und in Ostdeutschland 34 Prozent. Deutlich wurde auch, daß sich Offiziersanwärter für die Berufslaufbahn durchwegs weiter rechts einstufen als Offiziersanwärter auf Zeit. Während lediglich neun Prozent der Universitätsabsolventen für national-konservatives Gedankengut ansprechbar sind, tendieren bei den Bundeswehr-Hochschülern 32 Prozent dazu, über 20 Prozent sollen dieser politischen Ausrichtung tatsächlich anhängen. Ableiten läßt sich daraus nach Ansicht der Sozialwissenschaftler ein weniger deutliches Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien wie z. B. dem Demonstrationsrecht sowie eine weniger entschiedene Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Der Integration Europas stünde dieser Personenkreis ablehnend gegenüber und deutlich weniger offen sei die Einstellung gegenüber Asylsuchenden und kultureller Vielfalt.

Deutlich mehr rechts- extremistische Vorfälle

Bonn. Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Vorfälle bei Bundeswehrangehörigen ist in erschreckendem Maße angestiegen. Bis November sind nach Angaben der Hardthöhe 126 Fälle mit 161 beteiligten Soldaten bekannt geworden. Für die ersten acht Monate dieses Jahres registrierte das Verteidigungsministerium 80 Fälle, gegen 110 Soldaten wurden Ermittlungen eingeleitet. Im Vorjahr hatte es insgesamt 46 derartige Vorkommnisse gegeben, woran 59 Soldaten beteiligt waren; für das Jahr 1994 wurden 58 Fälle rechtsextremistischer Aktivitäten von 70 Soldaten gemeldet, 1995 waren es 57.

Extreme Rechte will
Kräfte bündeln:

„Das sinnlose Gegeneinander“

Die Landschaft der politischen Parteien der extremen Rechten ist in den 90er Jahren neben der grundlegenden Erfolglosigkeit, mit Ausnahme der „Republikaner“ in Baden-Württemberg, vor allem durch Unübersichtlichkeit gekennzeichnet. Neben den etablierten Wahlparteien NPD, REP, DVU tummeln sich zahllose Klein- und Kleinstorganisationen auf dem Parteienmarkt. Eine selbst auch so wahrgenommene Bedeutungslosigkeit führt diese Gruppen, zumeist Spaltprodukte der etwas größeren rechtsextremen Parteien, immer wieder zusammen. Solche organisatorischen Annäherungsversuche finden meist unter der Vorgabe statt, die „Rechte zu einen“.

Strategisches Ziel aller Projekte ist die erfolgreiche Teilnahme an Landtags- und vor allem den Bundestagswahlen. Prominentestes Beispiel war die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die sich 1991 aus ehemaligen „Republikanern“ und „Nationaldemokraten“ zusammensetzte. Die „Liga“ wies mit rund 1.000 Mitgliedern in verschiedenen Landesverbänden ein Mindestmaß an Organisationsstrukturen auf. Dennoch blieb auch sie bei der Teilnahme an Landeswahlen erfolglos. Zunehmende Mitgliederverluste führten dazu, daß in einer Art Bankrotterklärung der Parteienstatus im vergangenen Jahr aufgegeben wurde. Auf die „Deutsche Liga“ folgten 1995/96 die „Runden Tische“ (vgl. BNR 3/96), deren Ende mit dem Wiedereinzug der REP in den baden-württembergischen Landtag im April 1996 kam.

Zur Zeit sind als Sammlungsprojekte aktiv der „Wählerbund Deutschland“ bzw. das „Bündnis Deutschland“ des bisherigen schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden der an zahlreichen Bündnissen und Kooperationstreffen beteiligten „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) Helmut Reichmann aus Preetz (Landkreis Plön). Weiterhin wirken ein „Bündnis Rechts für Deutschland“ aus Aktivisten von NPD und DLVH sowie militanten Neonazis in Schleswig-Holstein, die „Vereinigte Rechte“ („Wir sind deutsche Patrioten und Idealisten, die beschlossen haben, dem sinnlosen Gegeneinander der deutschen Rechtsparteien und dem lächerlichen

Ausgrenzen untereinander, möglichst bald ein Ende zu setzen“) um den ehemaligen REP-Funktionär Leo Thenn (vgl. BNR 22/97). Seit Juni existiert eine „Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter“ und seit Mai dieses Jahres das „Bündnis für Deutschland“ (vgl. BNR 9/97). Ähnliche Einigungsbestrebungen verfolgen die „Demokratische Erneuerung“ von Dr. Ekkehard Birkholz bzw. der „Kissinger Kreis“ (vgl. BNR 25/94), das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD); (vgl. BNR 20/96, 21/95) und die deutschlandweite „Deutschland-Bewegung“ (vgl. BNR 19/97) von Alfred Mechttersheimer, der auch jüngst beim Bundesparteitag der REP auftrat.

Weitere Wahlparteien neben den REP

Das in Kassel am 8. Mai in Gegenwart von etwa 120 Personen, darunter viele ehemalige Aktivisten von NPD und „Republikanern“, gegründete rechts-extreme „Bündnis für Deutschland“ hat vor wenigen Wochen den fünften Landesverband ins Leben gerufen. Nachdem am 2. August in Kassel zentral die Landesverbände von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen sowie am 28. August der LV Rheinland-Pfalz gegründet worden waren, wurde in der Kreisstadt Böblingen am 27. September die Konstituierung des baden-württembergischen Landesverbandes vollzogen.

Neuer Landesvorsitzender wurde ein Altbekannter der rechtsextremen Szene: Der Stuttgarter Martin Pape setzte sich in einer Kampfabstimmung um das Amt an der Landesspitze durch. Zum Vize wurde der Mediziner Artur Dreischer aus Reutlingen gewählt, der in der Vergangenheit den „Republikanern“ angehörte. Bei der Landtagswahl im April 1992 in Baden-Württemberg kandidierte Dreischer in seinem Heimatwahlkreis Reutlingen. Infolge des guten REP-Wahlergebnisses von 10,9 Prozent wurde er in den Landtag des Südwest-Staates gewählt, erklärte aber innerhalb kürzester Zeit seinen Rücktritt vom Mandat und verließ im Anschluß auch die Partei. Danach versuchte der Arzt verschiedene politische Stammtische wie den „Deutschen Kreis“ in Reutlingen aufzubauen. Als Beisitzer des baden-württembergischen „Bündnis für Deutschland“ fungieren die Herren Voss aus Rottweil und Greiner aus Nürtingen (Landkreis Esslingen). Unter den rund 30 Anwesenden war auch der Bundesvorsitzende Dr. Helmut Fleck aus Siegburg. Für Fleck ist das „Bündnis für Deutschland“ nicht der erste Versuch,

eine weitere Wahlpartei neben den „Republikanern“ zu etablieren. Ursprünglich von den REP kommend, er kandidierte 1990 zur Bundestagswahl und gehörte noch 1992 dem Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen als Beisitzer an, wirkte Fleck bereits beim 1993 initiierten „Aufbruch 94 – Deutscher Freier Wählerbund“ mit.

Der baden-württembergische Vorsitzende des „Bündnis für Deutschland“ Pape hatte 1979 die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) mitinitiiert, die nach dem Beitritt von zahlreichen Kadern der 1982 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) zur stärksten neonazistischen Partei der 80er Jahre wurde. Friedhelm Busse löste Pape 1988 nach heftigen

internen Auseinandersetzungen im Amt des FAP-Vorsitzenden ab und blieb dies bis zum Verbot 1995. Pape gründete 1990 die „Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA), als deren Vorsitzender er bis zur Gegenwart fungiert. Seine beiden Stellvertreter sind Rudolf Jung und Mario Meurer, der seinerseits nun bei der „Vereinigten Rechten“ aktiv ist.

Für die nähere Zukunft sind weitere Landesverbände des „Bündnis für Deutschland“ in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen angekündigt. Als nächste Stufe ist binnen dieses Jahres der Aufbau bundesweiter Strukturen geplant, um somit die organisatorischen Voraussetzungen für eine Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 zu schaffen.

Sönke Braasch

Propaganda für „Junge Freiheit“ im Bahnhofsbuchhandel **Kein schöner Zug**

Abertausenden von Zugreisenden ist die Gratis-Zeitschrift 'Presse & Buch News' ein Begriff. Seit 1990 will sie über Neues und Bewährtes im deutschen Bahnhofsbuchhandel informieren. Deshalb wird sie in den entsprechenden Geschäften unweit der Gleise bereitwillig ausgelegt und von vielen Bahn Nutzern als kostenlose Zusatzlektüre gerne eingesteckt. Die aktuelle Ausgabe 4/97 von 'Presse & Buch News' dürfte an dem guten Ruf der bundesweit erscheinenden Publikation mit Sitz im bayrischen Landshut stark kratzen. Denn darin wird in der Rubrik 'Litfaß-Säule' auf einer von vier Spalten für die ultrarechte Wochenzeitung 'Junge Freiheit' die Werbetrommel geschlagen. Das Blatt schaffe „Platz für kontroverse Debatten, Meinungen und Nachrichten, die bei anderen Medien unter den Tisch fallen“. Gelesen werde die 'Junge Freiheit' „von einem überdurchschnittlich gebildeten und engagierten Publikum“.

Wofür sich die Leserschaft und die Macher der Postille engagieren, darüber wissen Verfassungsschutzbehörden und Rechtsextremismus-Experten genau Bescheid. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen taucht die 'Junge Freiheit' auf, weil ihr Studium „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zu Tage gefördert habe. Nach der Leseart des Düsseldorf Innenministeriums erscheinen in der 'Jungen

Freiheit' neben Aussagen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus regelmäßig auch Beiträge, die den Nationalsozialismus zu rechtfertigen versuchten oder auf eine Holocaust-Verharmlosung hinausliefen.

Aus der Sicht des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz genießt die 1986 gegründete Zeitung (verkaufte Auflage: 36.700 Exemplare) die Weihen des „Sprachrohrs und (der) ideologischen Speerspitze der Neuen Rechten“, die alten Politik-Wein in neuen Schläuchen fließen lasse. In einem modernen, intellektuellen Gewand komme die 'Junge Freiheit' daher. Sie „möchte zur APO von rechts werden, zum Sammelbecken für alle, die das politische System der Bundesrepublik von der rechten Ecke aus bekämpfen“. So urteilt der Rechtsextremismus-Fachmann und Hörfunk-Redakteur Hans Sarkowicz, während Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und IG Medien in Berlin mit Blick auf die Crew der 'Jungen Freiheit' sogar von „Nadelstreifenfaschisten“ sprechen.

Peter Mayer, Herausgeber von 'Presse & Buch News', fechten diese Bewertungen anscheinend nicht an. Ihm sei bekannt, daß die 'Junge Freiheit' „immer wieder zu Anstößen bei verschiedenen Behörden geführt hat“. Den Kritikern des „Forums rechten Ungeistes“ (O-Ton der renommierten 'Neuen Zürcher Zeitung') sollte allerdings genauso bewußt sein, „daß bis zum jetzigen Zeitpunkt kein Verbot für die Auslieferung bzw. Verkauf ... besteht“. Im übrigen lasse er sich – so Peter Mayer – von keinem Redakteur vorschreiben, welche Beiträge er in 'Presse & Buch News' veröffentliche. Thomas Klaus

Eine Untersuchung schockiert Dänemark

Kollaboration mit den Nazis

Es hat sie immer und überall gegeben – die Zusammenarbeit von Unterdrückern und Unterdrückten. Nach dem Zweiten Weltkrieg freilich wollte niemand etwas mit den Mordbanden der Nazis zu tun gehabt haben. In den Niederlanden wurde bald nach der Befreiung das „Reichsinstitut zur Dokumentation des Krieges“ gegründet. Es erfreute sich jahrzehntelang großer internationaler Wertschätzung. Sein Gründer und langjähriger Leiter Prof. Dr. Louis de Jong galt und gilt als einer der führenden NS-Forscher. In Belgien dauerte es länger, ehe im Auswärtigen Amt eine Abteilung zur Erforschung des Landes unter deutscher Besatzung eingerichtet wurde. In Frankreich gibt es bis heute keine derartige Einrichtung, ebenfalls nicht in Luxemburg, Norwegen oder Dänemark. Nirgendwo wollte selbst die Wissenschaft herausbekommen, ob es auch Kollaboration gegeben habe. Das Kapitel sei gleich nach der Befreiung erledigt worden – oft durch Rachejustiz und Standgerichte.

Dennoch bleibt es keinem Land erspart, sich auch mit diesem Kapitel der eigenen Geschichte zu beschäftigen. Vielen Niederländern fiel es schwer, mit der Tatsache zu leben, daß es in ihrem Land mehr Kollaboration als Widerstand gegeben hat. Frankreich wird nun im Strafverfahren gegen Maurice Papon in Bordeaux mit der Kollaboration konfrontiert. Norwegen dürfte das weitgehend erspart bleiben, weil dort schon immer der eigene Naziführer Vidkun Quisling die Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht personifizierte. Dänemark, das kleinste unter den skandinavischen Ländern, durchlebt und durchleidet in diesem Herbst einen Prozeß der Selbsterkenntnis. Zwar wußte nahezu jedermann, daß tapfere Dänen im Oktober 1943 die meisten ihrer etwa 7.000 jüdischen Landsleute heimlich nach Schweden gebracht haben, ehe die Nazis auch die dänischen Juden deportieren und ermorden konnten. Daß es in der SS auch dänische Freiwillige gegeben hat, wurde als bekannt vorausgesetzt. Aber Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch dänische SS-Leute – diese Tatsache traf viele Dänen wie ein Schock. Drei junge dänische Historiker haben sich intensiv mit der Besatzungszeit zwischen April 1940 und

April 1945 beschäftigt: Niels Bo Poulsen, Claus Bundgaard Christensen und Peter Scharr Smith. Was sie herausgefunden haben, sorgte der „Süd-deutschen Zeitung“ (SZ) zufolge in vielen dänischen Medien für Schlagzeilen. „Dem Fernsehen DR 1 war das Thema den ersten Bericht in der Hauptnachrichtensendung wert.“ Große Zeitungen veröffentlichten es an herausragender Stelle. „Daß mitten unter uns Mörder leben, war für viele meiner Landsleute ein Schock“, zitiert die SZ Niels Bo Poulsen.

In der soeben von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß im Stuttgarter Klett-Cotta Verlag herausgegebenen vorzüglichen „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ heißt es zu Dänemark, die Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) erlangte „nur ...eine gewisse Bedeutung... ihre Rolle spielte sie als Rekrutierungsbecken für Spitzel, Provokateure und bei der Gewinnung von Freiwilligen für den deutschen Kriegsdienst im Osten. Immerhin meldeten sich rund 7.000 Dänen.“ Die meisten für die SS und damit für den Vernichtungskrieg gegen die UdSSR und auf dem Balkan. So schrieb ein dänischer SS-Mann seinen Lieben in der Heimat, ihr Kommandeur sei gefallen. Darüber seien sie so empört gewesen, daß sie schlicht mindestens zehn sowjetische Kriegsgefangene erschossen hätten. In Kroatien haben dänische Freiwillige ein Dorf niedergebrannt. Alle Einwohner, auch Frauen und Kinder, wurden umgebracht. Es gibt zudem Hinweise darauf, daß dänische SS-Leute in Galizien am Holocaust beteiligt waren.

Ulrich Herbert hat in seiner hervorragenden Studie über den NS-„Reichsbevollmächtigten“ in Dänemark, Werner Best, geschildert, wie Dänemark nach der Befreiung mit seinen Kollaborateuren umgegangen ist. Sie wurden für einige Jahre in Haft genommen, waren aber vor 1950 wieder frei. Den Berufssoldaten hatte die dänische Regierung nämlich 1941 versprochen, sie nach dem Krieg wieder in die dänische Armee zu übernehmen. Die dänische Öffentlichkeit muß nun lernen, daß ihre SS-Leute nicht anders als die Kameraden aus dem „Großdeutschen Reich“ oder anderen okkupierten Staaten „Hitlers willige Vollstrecker“ waren, um Daniel Goldhagen zu zitieren. Nur eines freilich darf nie vergessen werden: Ohne die deutsche Besatzung wäre kein Skandinavier, West- oder Osteuropäer zum Mörder in Uniform geworden. Erst die Okkupation schuf die Voraussetzungen dafür. Es geht hier nicht um Aufrechnerei. Es geht um die historische Wahrheit.

Heiner Lichtenstein

Wiedergutmachung für die Opfer von NS-Willkürmaßnahmen

Deutschland in der Pflicht

Daß die viel beklagte, belastete deutsche Vergangenheit nicht vergehen will, ist auch von denen zu verantworten, die sich ihr verweigern, d. h. der sogenannten „tonangebenden Schicht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“. Deren Weigerung seit dem Beginn dieser Vergangenheit am 8. Mai 1945, sich unvoreingenommen und ehrlich mit Deutschlands zwölf, verharmlosend genannt „braunen“ Jahren auseinanderzusetzen, hatte uns seither eine Gegenöffentlichkeit beschert, die dieser Gesellschaft immer wieder die verweigerte Auseinandersetzungen aufgezwungen hat. Begonnen hat es mit dem Engagement der SPD-Opposition, im ersten Deutschen Bundestag die Schuld für das den vielen Opfern des NS-Regimes angetane Unrecht zu bekennen, was Bundeskanzler Adenauer im September 1951 schließlich dazu bewog, eine Grundsatzerklärung über die Verantwortung für die Verfolgung der Juden abzugeben. Es war auch die SPD-Opposition, die dem Bundeskanzler zur Mehrheit für die erste Entschädigungsregelung, das sogenannte Luxemburger Abkommen, verhalf. Seither wurde Stück um Stück versucht, der Gerechtigkeit näher zu kommen.

Leichter hatten es da schon die Täter, deren skandalöse Bevorzugung durch Teilhaber an Renten und Versorgung bei keinem der deutschen Beamten und Politikern, die solche Regelungen erfanden, je Skrupel ob ihrer moralischen Rechtfertigung auslöste.

In der Frühzeit der Bundesrepublik, zwischen 1959-64, wurden mit zwölf Nachbarstaaten pauschalierte Entschädigungen vereinbart. Außen vor blieben die Opfer in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs. Nur wenn sie die Chance zur Flucht hatten, kamen sie in den Genuß minimaler Leistungen aus einem Härtefond. Die Situation gewann an Dramatik nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und dem Wiedererstarken Europas. Zwar übernahm Deutschland im Einigungsvertrag die Verantwortung für die von der DDR vorenthaltene Entschädigung, aber auch dies betraf nur die in Westeuropa lebenden Verfolgten. Durch Globalabkommen wurden für die Opfer in Polen,

Weißrußland, der Ukraine und in Rußland Mittel zur Verfügung gestellt. Insgesamt aber, so schätzen jüdische Organisationen, leben dort noch 13.000 Juden, die den Holocaust überlebt haben, von denen viele auf den Ausgleich warten.

Bewegung ist in die unbefriedigende Entschädigungssituation durch die späten Prozesse gegen Kriegsverbrecher gekommen, endlich wurde zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion, daß Verurteilungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ohne Einfluß auf die Gewährung von Versorgung für Militärangehörige blieben. In gleichgerichteten Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 13/1467 vom 19.5.1995) sowie der Fraktion der CDU/CSU und FDP (Drs. 13/7061 vom 25.2.1997) versuchte der Bundestag, wenigstens in dieser Teilfrage eine Änderung des Bundesversorgungsgesetzes zu erreichen.* In der Sache besteht weitgehend Übereinstimmung, daß ein skandalöser Zustand bereinigt werden muß.

In einem umfassenden Antrag hat nun die SPD versucht, allen übriggebliebenen, bisher vergessenen Opfern von NS-Willkürmaßnahmen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; der Antrag Drs. 13/8576 vom 24.9.1997 wurde Anfang Oktober ohne Aussprache in die Ausschüsse überwiesen.

Die SPD möchte damit erreichen, daß die bei der Entschädigung immer wieder diskriminierten Euthanasiegeschädigten, Zwangssterilisierten sowie die homosexuellen Opfer des NS-Regimes als Verfolgte anerkannt werden können. Der Ausschluß von Sinti und Roma von Entschädigungen soll überprüft werden, die Bezieher von Ehrenpensionen in der früheren DDR, die ihren Anspruch durch Umzug nach Westdeutschland verloren hatten, sollen ihre Ansprüche zurückerhalten. Vor allem aber geht es um die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, der sich die deutsche Großindustrie kontinuierlich verweigert, wie unlängst beim 150. Geburtstag des Siemenskonzerns ein weiteres Mal bekräftigt wurde. „Es ist auch heute selbstverständliche Pflicht der Bundesregierung Deutschland, den betagten und vielfach kranken Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen zu helfen. Wiedergutmachung ist keineswegs Geschichte. Solange noch Opfer leben, bleibt sie ein wichtiger Bestandteil der Politik“ heißt es in dem SPD-Antrag.

Klaus-Henning Rosen

(* Das identische Ziel verfolgte der Antrag des Landes Bremen dem der Bundesrat am 6.6.1997 zugestimmt hat <BR Drs. 286/97>).

DOKUMENTATION

**Entschädigungen für
NS-Opfer**

Die Bundesregierung hat dem lokalen Verein An der Synagoge e.V., der das Andenken an die Bonner Opfer des Nationalsozialismus wachhält, auf dessen Anfrage mitgeteilt, welche Entschädigungsmöglichkeiten für Personen bestehen, die während der Jahre des Nazi-Regimes 1933-45 zwangsweise sterilisiert wurden. Der „blick nach rechts“ dokumentiert das Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 26. August d. J. im Wortlaut:

„1. Leistungen an Zwangssterilisierte:

Sofern der betroffene Personenkreis nicht bereits durch die Regelungen des § 171 Abs. 4 BEG i.d.F. vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559) erfaßt wurde, kommen folgende Leistungen seitens des Bundes in Betracht:

Seit Ende 1980 können Personen auf der Grundlage eines Erlasses des Bundesministers der Finanzen auf Antrag eine einmalige Zuwendung von 6.000 DM erhalten, wenn glaubhaft ist, daß sie in der Zeit von 1933 bis 1945 sterilisiert worden sind und ihnen hierfür noch keine Entschädigung gezahlt wurde. Auf das Vorliegen eines Gesundheitsschadens und einer besonderen (wirtschaftlichen) Notlage kommt es im Gegensatz zu einmaligen Härtebeihilfen für sonstige NS-Opfer, z. B. nach den Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 7. März 1988, zuletzt geändert am 13. Dezember 1990 (BAnz. vom 19. Dezember 1990) – AKG-Härterichtlinien –, nicht an.

Darüber hinaus können alle Zwangssterilisierten nach den AKG-Härterichtlinien zusätzlich zu der einmaligen Zuwendung – ebenfalls ohne Nachweis eines weiteren Gesundheitsschadens und einer Notlage – laufende Beihilfen in Höhe von 100 DM monatlich (100 DM-Beihilfe) als weitere Genugtuung für das ihnen zugefügte Unrecht erhalten.

Außerdem können Zwangssterilisierte nach diesen Richtlinien in Ausnahmefällen auch weitergehende laufende Beihilfen erhalten. Voraussetzung dafür ist unter anderem, daß die Personen einen sterilisationsbedingten nachhaltigen Gesundheitsschaden von mindestens 25 v. H. erlitten haben und sich gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Diese laufenden Beihilfen treten dann anstelle der 100 DM-Beihilfe (s. o.).

2. Leistungen an Euthanasie-Geschädigte:

Euthanasie-Geschädigte konnten bereits nach § 5 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 5. November 1957 (BGBl. I S. 1747) Entschädigungsleistungen erhalten. Für diejenigen, die die Anmeldefristen des AKG schuldlos versäumt haben, sehen die AKG-Härterichtlinien eine einmalige Beihilfe bis 5.000 DM und je nach Lage des Falles auch laufende Härteleistungen vor. Als Euthanasie-Geschädigte werden nicht nur Personen angesehen, die selbst in einer „Euthanasie-Anstalt“ verbracht worden sind, sondern auch solche, die Angehörige in solchen Anstalten verloren haben. Nach § 644 Abs. 2 BGB können Entschädigungsleistungen dann allerdings nur in Betracht kommen, wenn die getötete Person grundsätzlich in der Lage gewesen wäre, dem Hinterbliebenen Unterhalt zu leisten.

Zwangssterilisierte und Euthanasie-Geschädigte sind also im bestehenden – sehr komplexen – System der Wiedergutmachung und Entschädigung von NS-Unrecht berücksichtigt. Die AKG-Härterichtlinien sind seit ihrem Inkrafttreten mehrfach zugunsten der Betroffenen geändert worden. Trotzdem werden immer wieder Forderungen an die Bundesregierung herangetragen, weitere Verbesserungen zu schaffen. Dabei tritt insbesondere der Bund der „Euthanasie-Geschädigten“ und Zwangssterilisierten e. V., Detmold, regelmäßig durch sein Engagement hervor. Den Anliegen kann jedoch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung aller von NS-Unrecht Betroffenen nicht entsprochen werden.

Anträge auf gesetzliche Leistungen nach dem AKG sowie auf außergesetzliche Leistungen nach der Härteregelung für Zwangssterilisierte von 1980 sowie den AKG-Härterichtlinien können bei der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Oberfinanzdirektion, Anträge auf weitergehende laufende Beihilfen nach den AKG-Härterichtlinien bei der hierfür zentral zuständigen Oberfinanzdirektion Köln gestellt werden. Außerdem hat die Bundesregierung bei der Oberfinanzdirektion Köln eine „Zentrale Auskunftsstelle zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ eingerichtet. Die aktuelle Anschrift lautet:

Zentrale Auskunftsstelle zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts bei der Oberfinanzdirektion Köln, Riehler Platz 2, 50668 Köln, Telefon (0221) 9778-0.

Hier erhalten Betroffene schnell und umfassend Auskunft über in Betracht kommende Regelungen und zuständige Dienststellen...“

Österreichische JF unter neuem Namen **Markenwechsel**

Wie so vieles andere klappte auch das bei der „Jungen Freiheit“ nicht. Die geplante Umwandlung der Österreich-Ausgabe des Blattes in eine eigenständige Wochenzeitung unter dem Titel „Zur Zeit“ erfolgte mit rund einem Jahr Verspätung gegenüber dem geplanten Termin. Die österreichischen Mitstreiter dürften froh sein, den auch im Nachbarland stigmatisierten Namen endlich los zu sein und frei von Vorgaben aus dem fernen Berlin agieren zu können. An einer ausreichenden Zielgruppe dürfte es im Nachbarland kaum mangeln, auf dem Gebiet der Wochenzeitungen glaubt man eine Bedarfslücke schließen zu können.

Die „Junge Freiheit“ hält an dem Blatt, das das bisherige Layout und damit den Erkennungswert beibehält, nur noch eine Minderheitenbeteiligung. Weitere Anteilseigner der neuen W3 Verlags-GmbH & Co. KG, die durch Walter Tributsch geleitet wird, sollen nach Eigenangaben aus Industriekreisen kommen. Mit mehreren Unternehmen seien bereits mittel- und langfristige Werbeverträge geschlossen worden. Damit soll vom Start weg ein Manko vermieden werden, unter dem die „Junge Freiheit“ stets zu leiden hatte: das Fehlen von Inseraten über den engeren Sympathisantenkreis hinaus, das sicherlich mehr zur dauerhaften Finanzkrise des Blattes beigetragen hat als der immer wieder von Dieter Stein beweihte - da weitgehend erfolgreiche - Boykott an den Kiosken.

Streitpunkt Wirtschaftspolitik

Dieser Zielsetzung entsprechend, soll sich „Zur Zeit“ zwar nicht in der inhaltlichen Ausrichtung, dafür aber in der Schwerpunktsetzung deutlich von der JF unterscheiden. Neben zwölf Seiten Politik und acht Seiten Kultur je Ausgabe sind gleich vier Wirtschaftsseiten geplant. Andreas Mölzer, alter und neuer Chefredakteur und harscher Kritiker der FPÖ-Führung, erklärt denn auch unverblümt, die neue Wochenzeitung verstehe sich als wirtschaftsfreundlich. Für diesen Kurs wird er sicherlich keinen Widerspruch von Dieter Stein und dem wirtschaftspolitischen Vordenker seines Blattes, Bernd-Thomas Ramb vom „Bund Freier Bürger“, ernten, die selbst im schmalbrüstigen und wenig qualifizierten Wirtschaftsteil ihres Blattes einen neoliberalen

ralen Kurs fahren und glauben, in der Steigerung der Unternehmervorgewinne und der Abwehr der Gefahren von Euro und Globalisierung ein Allheilmittel gegen alle wirtschaftlichen und politischen Probleme gefunden zu haben.

Neben Mölzer taucht in der Erstausgabe vom 23. Oktober 1997 mit Jürgen Hatzenbichler ein weiterer alter Bekannter als leitender Redakteur im Politikeil auf. Auch ihm ist der aktuelle Kurs der FPÖ ideologisch zu unausgegoren und populistisch. Hatzenbichler ist zugleich österreichische Kontaktperson des europäischen „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes. Konflikte sind somit vorprogrammiert: Während der leitende Politikredakteur den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie vertritt, erklärt sein Chefredakteur, daß man einen wirtschaftsfreundlichen Kurs vertreten wolle. Bisher hat sich letzteres bei rechten Massenblättern aus verständlichen Erwägungen stets durchgesetzt. Auch in diesem Fall dürfte die Quadratur des Kreises kaum gelingen.

Kein Vorbeikommen an der FPÖ

Für den Kulturteil verantwortlich zeichnen soll die Kunsthistorikerin Petra Müller, als Chef vom Dienst fungiert Klaus Wiesinger. Den Wirtschaftsteil übernimmt der Diplom-Volkswirt Christian Pirker. Redakteur für den Gesellschafts- und Zeitgeistteil wird René-Lysander Scheibe (Wien), der in Graz studiert hat und 1994 bei der Sommeruniversität der „Jungen Freiheit“ referierte. Es handelt sich um bisher weitgehend unbekannte Namen. Gerade zur Einführung einer neuen Zeitung ist es jedoch wichtig, Prominenz unter den Mitarbeitenden vorweisen zu können.

Als prominent könnte z. B. der renommierte Musikkritiker Andreas Graf Razumovsky (Jg. 1929) bezeichnet werden, der seit 1956 für die FAZ arbeitete, 1967 den Theodor-Wolff-Preis erhielt und 1983 durch den österreichischen Bundespräsidenten zum Professor ernannt wurde. Die rechte Gesinnung für „Zur Zeit“ stellte er in der Vergangenheit u. a. als Autor in „Criticón“ und im „Jahrbuch für politische Erneuerung“ der Freiheitlichen Akademie unter Beweis. Ein weiterer Mitstreiter, der als zumindest in Insiderkreisen als prominent gilt, ist Erich Reiter, ein hoher Beamter im Verteidigungsministerium, der seit etlichen Jahren in der Programmarbeit der FPÖ engagiert ist und wie Mölzer und Hatzenbichler ein scharfer Kritiker des Haider-Kurses ist. So forderte er Anfang des ver-

gangenen Jahres im Magazin „News“ den Rücktritt Haiders, da dieser ein Hindernis für die Regierungsfähigkeit der FPÖ sei.

Den katholischen Teil des Publikums soll der promovierte Theologe Professor Robert Prantner (Jg.1931) ansprechen, der zeitweise Studienleiter der Akademie für Politische Bildung der ÖVP war. Prantner verfügt über enge Beziehungen zum ultrakonservativen Bischof Dr. Klaus Küng, dessen Grüße er letztes Jahr dem VPM-nahen Kongreß „Mut zur Ethik“ in Feldkirch überbrachte. Prantner zeigte in der Vergangenheit keine Berührungsängste gegenüber Kräften der extremen Rechten und vertrat dabei wiederholt verschwörungstheoretische Ansätze. So referierte er 1994 über „Die Rolle der unsichtbaren Mächte in der Weltpolitik“ bei den Kulturtagen des Kulturwerks Sirnitz in Österreich und schrieb im „Jahrbuch für politische Erneuerung“ 1995 zum Thema „Freimaurertum - eine Herausforderung an Wahrheit und Werte“. Auch einem deutschen Publikum bekannt sind der

Historiker Professor Lothar Höbelt, der ebenfalls in der Programmarbeit der FPÖ engagiert ist und sich in Korporiertenkreisen ebenso einer starken Beliebtheit als Referent erfreut wie bei diversen Gruppierungen der extremen Rechten, und der langjährige Osteuropa-Korrespondent der „Welt“ Carl-Gustav Ströhm, der auch beim Studienzentrum Weikersheim aktiv ist. Ströhm sieht in den Umwälzungen in den Staaten des ehemaligen realsozialistischen Lagers vor allem die Chance zu einer „Neuordnung Mitteleuropas“.

Der Erfolg des Projektes „Zur Zeit“ dürfte vor allem davon abhängen, ob es gelingen wird, die divergierenden politischen Strömungen in Redaktion und Zielgruppe unter einen Hut zu bringen. Die Redaktionsmannschaft wird bald erkennen müssen, daß ein Erfolg nur dann zu erzielen sein wird, wenn die eigenen politischen Ambitionen gegenüber dem angestrebten Wahlerfolg der FPÖ zurückgestellt werden.

Jean Cremet

Rassistische Internationale

Furth im Wald - Rund 500 Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik, vorwiegend Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), führten am 18. Oktober d. J. in Furth im Wald (Landkreis Cham/Oberpfalz) ihren „Vierten Europäischen Kongreß der Jugend“ durch. Das Motto lautete: „Zerschlagt die EU-Diktatur des internationalen Großkapitals.“ An der Saaltür, so weiß das „Straubinger Tagblatt“ (Ausgabe 20. Oktober) zu berichten, hing das Schild „nichtöffentliche Veranstaltung“; davor hielten mehrere Skinheads mit einem Kampfhund Wache. Vonstatten ging der Neonazi-Treff im Gasthof „Postgarten“ von Wolfgang Hierstetter.

Vorangegangen war dem Kongreß, an dem „befreundete nationalistische Gruppen“ aus Österreich, aus den Niederlanden, Großbritannien, Spanien, Italien, Rumänien, Griechenland und Kroatien teilnahmen, eine scene-eigene Schnitzeljagd. So nannte ein Rundschreiben an die Teilnehmer nicht den direkten Veranstaltungsort, sondern erst einen Treffpunkt an der B 85 Schwandorf, Richtung Cham, erster Parkplatz. Erst dort gab es dann konkrete Instruktionen.

An Referenten vertreten waren u. a.: der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, Robert Dürr von der

österreichischen Partei „Neue Ordnung“, Albert Torressano von der „Allianza Unidad Nacional“ aus Spanien, Stefanos Gekas von der „Goldenen Morgenröte“ aus Griechenland, Leo Strydom von der südafrikanischen HNP sowie William Pierce von der „National Alliance“ aus den USA. Als Redner trat ferner der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der „Republikaner“, Ottmar Wallner, auf. Für das kulturelle Rahmenprogramm sorgten Frank Renniecke und Jörg Hähnel.

A.M.

Freundschaften

Israel/Italien (Rom) - Vertreter des israelischen Likud und der Gescher-Bewegung sind im September in Rom mit dem Führer der italienischen Postfaschisten, Gianfranco Fini, zusammengetroffen. Dies meldete der Pressespiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv vom 21. Oktober. Danach soll der Knesset-Abgeordnete Michael Kleiner (Gescher), der Außenminister Levy nahesteht, erklärt haben, er habe den Eindruck erhalten, daß der Führer der Allianza Nazionale „ein echter Freund Israels“ sei. Ferner betonte Kleiner, daß Fini Vorsitzender einer wichtigen Partei Italiens sei, der die Regierung Israels konsequent unterstütze. „Es gibt zwar einige radikale Elemente in der Partei, aber die gibt es in jeder demokratischen Partei, auch im Likud“, so der israelische Politiker.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Europa Vorn“ (EV), 10. Jg., Nr. 116 u. 117/97: Unter die Lupe genommen werden in der EV-Ausgabe Nr. 116 die Machenschaften der Geheimdienste. EV-Herausgeber Manfred Rouhs plädiert dafür, daß die Rechten sich das Engagement von eingeschleusten „stromlinienförmigen“ V-Leuten ruhig nutzbar machen sollten. Das Etappenziel, „aus ‘Europa Vorn’ eine große, aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenkende politische Zeitschrift zu machen“, könne kein Geheimdienst, kein politischer Gegner mehr durchkreuzen, so Rouhs. Offen spekuliert wird darüber, ob nicht Staats- und Verfassungsschutz „durch Psychoterror“ den Polizistenmörder Kay Diesner - „ein gehetztes Tier“ - zu seinen Taten getrieben habe. Dies führt dann unweigerlich zu rhetorischen Überlegungen, welch dunkle Mächte denn wohl hinter Gruppierungen wie dem „Weißen Arischen Widerstand“, diversen neonazistischen Organisationen in Deutschland und insbesondere der von den USA aus operierenden NSDAP/AO stehen könnten. Ebenso im Falle der RAF-Attentate wähnt EV die schmutzigen Hände des Verfassungsschutzes im Spiel. Franz Schönhuber läßt sich die Gelegenheit selbstredend nicht nehmen, mit den „Schlapphüten“ abzurechnen, insbesondere mit deren „Geschichtsverständnis“. Alles was zur Entlastung des deutschen Volkes beitrage, würde von ihnen moniert, jeder Hinweis auf Verbrechen der Siegermächte denunziert. Aber eines habe der Verfassungsschutz schließlich geschafft lamentiert er, nämlich die Zersplitterung der deutschen Rechten, die „planmäßig gegeneinander ausgespielt“ würden. Und am Ende standen dann die Herren Dr. Schlierer & Co., so Schönhuber. Mit antikapitalistischer Rhetorik wird von EV der neoliberalen Wirtschaftsprogrammatik, wie sie bei einem Teil der deutschen Rechten, wie etwa der Schlierer-Partei und dem „Bund Freier Bürger“ zu finden sei, der Marsch geblasen: Patrioten müßten sich heute „unmißverständlich als Sozial-Patrioten deklarieren“. Im Interview beklagt der Deutsch-Lette Joachim Siegerist, Vorsitzender der „Deutschen Konservativen“, daß ihm Bundeskanzler Helmut Kohl mittels Druck auf die lettische Regierung seinerzeit das Ministeramt verpatzt haben soll. Wolfgang Strauss schließlich sieht sich zur Ehrenrettung der Deutschen Wehrmacht einschließlich Waffen-SS bemüht, dieser „klassenlosen ‘Volksarmee’“.

Die Vereinigten Staaten - „Amerikas wahres Gesicht“ - sind das Feindbild der nächsten EV-Ausgabe (Nr. 117). Ins Visier genommen wird insbesondere das „Ostküsten-Establishment“. Was damit gemeint ist, illustriert ein Photo, untertitelt mit „geschäftiges Treiben in der Wallstreet“, das zwei jüdische Männer vor Juweliergeschäften zeigt, wobei rechts daneben eine Abbildung von unzähligen Dollarnoten plazierte ist. Sympathien werden kundgetan für den antisemitischen Black-Muslim-Führer Farrakhan und die christliche Rechte, allen voran Patrick Buchanan, dessen Sozial-Patriotismus dem von Franz Schönhuber, Jean Marie Le Pen, aber auch der nationalistischen Baskenpartei Heri Batasuna gleiche. Anlässlich des Debakels bei der Hamburg-Wahl beklagt EV-Herausgeber Manfred Rouhs die Zerstrittenheit der Rechten; DVU und NPD hätten sich gegenseitig nicht nur die Wahlplakate zerstört sondern sogar verprügelt. Schluß müsse nach Rouhs auch endlich sein mit den „Propagandaversionen“ der Siegermächte des 2. Weltkrieges. Als neue Variante muß nun herhalten, daß Polen schuld am Kriegsausbruch trage.

HINWEIS

Brücken bauen

Düsseldorf. Aus Anlaß des 50. Jahrestags der Gründung Israels bietet NRW im Rahmen des Projekts „Nordrhein-Westfalen-Israel 1998: Wege zur Verständigung - Brücken bauen“ verschiedene Programme an, die Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und Religion zum Gespräch mit jüdischen Bürgerinnen und Bürgern zusammenführen sollen:

- * Im März findet in Israel eine multikulturelle Fachtagung über Jugendhilfe unter dem Thema „Neue Brücken bauen“ statt.
- * Unter dem Leitmotiv „50 Jahre Israel“ wird eine internationale Jugendtagung abgehalten;
- * eine Jugendtagung im Juni steht unter dem Motto „Nordrhein-Westfalen-Israel 1998.“
- * Wichtigstes Teilprojekt sind Ausarbeitungen zu den Themen „Die Bedeutung der Judenverfolgung für die heutige Generation“, „Jüdisches Leben in Deutschland“ und „Das deutsch-israelische Verhältnis heute“. Im Rahmen dieses Projekts kann im Einzelfall ein Flugkostenzuschuß gewährt werden, um Recherchen und Gespräche mit Zeitzeugen in Israel zu führen.

Auskünfte erteilt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Düsseldorf; Tel. 0211/855-34333334, Fax -/855-3432.

BÜCHERSCHAU

Neonazis und Jugendkultur

Nachdem der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern Anfang der neunziger Jahre durch zahlreiche fremdenfeindliche Gewalttaten in das Zentrum der Medienberichterstattung gerückt war, verlor sich dieses Interesse der letzten Jahre wieder. Das Thema mag nicht mehr so spektakulär wie zu jener Zeit wirken, an der Situation hat sich wenig geändert. Dies versucht der Journalist Burkhard Schröder in seinem Buch „Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst“ deutlich zu machen. Darin beschreibt er nicht nur die Entwicklung der militanten neonazistischen Szene, sondern auch den Umgang von Bevölkerung, Medien, Sozialarbeit und Politik mit diesem Phänomen. Dies geschieht alles im Stil journalistischer Reportagen über bestimmte ostdeutsche Städte, die stellvertretend für eine allgemeine Entwicklung in den neuen Bundesländern stehen sollen.

Zunächst geht es um Trebbin mit seinen überregional kaum zur Kenntnis genommenen fremdenfeindlichen Gewalttaten und Schwedt als Beispiel für ein verfehltes Konzept von Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Dem folgt ein Bericht über Wurzen, das sich zu einem der ostdeutschen Schwerpunkte der Neonazi-Szene entwickelte und wo deren Konzept der „befreiten Zonen“ ansatzweise umgesetzt wurde. Fürstenwalde steht danach als Beispiel für die Frage nach den Motiven der jugendlichen Gewalttäter und Quedlinburg für das Wirkungsfeld eines der aktivsten Neonazis, Steffen Hupka. Abschließend liefert Schröder noch eine Übersicht über Erklärungsansätze für das Phänomen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, wobei er auf die Besonderheiten der Situation in den neuen Bundesländern verweist.

Mit der Darstellung geht es dem Autor darum, die besondere Gefährlichkeit der Neonazi-Szene in Ostdeutschland zu verdeutlichen. Sie nahm im Unterschied zum Westen aus historischen, generationsspezifischen und politischen Gründen regional den Charakter einer sozialen Bewegung an. Von daher, meint

Schröder, wird diese bereits als Normalität wahrgenommene Situation weder von der dortigen Bevölkerung noch von der Kommunalpolitik und den Regionalmedien als Bedrohung wahrgenommen. Rechtsextremistische Ideologieelemente drohten immer stärker in das Alltagsleben der Jugendkultur einzusickern, da es auch an einem Gegenpol im Sinne einer demokratischen Jugendkultur mangle. Falsche Konzepte, so der Autor, bestärkten derartige Effekte noch in der Jugendarbeit, der es sowohl an diesbezüglichen Kompetenzen als auch Konzepten mangle.

Das Urteil über das Buch fällt ambivalent aus: Die Stärken liegen zweifellos in der Darstellung der Situation in den einzelnen Städten, wo Schröder offenbar ausführlich und gut recherchierte. Ihm gelingt es auch das Gemeine anschaulich nachzuzeichnen und mit zwischendurch eingestreuten Reflexionen zu würzen. Insbesondere seine Hinweise auf die im Vergleich zu den alten Bundesländern weitaus erfolgreicher verlaufenden Aktivitäten der Neonazi-Szene werden anschaulich geschildert und vor dem Hintergrund ihrer zunehmenden Akzeptanz in der dortigen Jugendkultur problematisiert. Dabei verdient insbesondere der Verweis auf deren Konzept der „befreiten Zonen“ Aufmerksamkeit, womit nicht ein fest umrissener Ort gemeint ist, sondern „ein bestimmtes Milieu, ein Netz von Verhaltensmuster, das Einstellungen und Ideen nur innerhalb bestimmter Grenzen als ‘normal’ vorschreibe“ (S. 158). Ziel soll es dabei sein, die normale Alltagskultur und ihre moralischen Normen mit weltanschaulichen Versatzstücken zu infiltrieren.

Wie weit allerdings diese Entwicklung der ostdeutschen Neonazis als soziale Bewegung gediehen ist, schätzt Schröder nicht näher ein. Dies liegt zweifellos an analytischen Defiziten des Autors, der sich mehr auf inhaltliche Beschreibungen und angedeutete Reflexionen beschränkt. Vielleicht wäre es auch insgesamt besser gewesen, auf Ausführungen zu wissenschaftlichen Erklärungsansätzen zu verzichten, denn diese mindern die Qualität des ansonsten durchaus lesenswerten journalistischen Buches.

Armin Pfahl-Traugher

Burkhard Schröder, Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek 1997 (Rowohlt), 205 S., 14,90 DM

Tagebuch

Inland

Berlin - Nach Eigenangaben der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ; Internet-Ausgabe) wurde der Kulturredakteur und Auslandskorrespondent der „Westdeutschen Volkszeitung“, Ferdinand Eisenbrecher, bei einem Schußwechsel im italienischen Neapel schwer verletzt. Eisenbrecher, der lt. BBZ dem deutschen „Thule-Orden“ angehört, schreibt für die Kulturseite und führt u. a. Gespräche mit Vertretern ausländischer Neonazi-Gruppen. Zuletzt war er zuständig für das Interview mit dem niederländischen Stadtrat und Neonazi Martyn Freling.

Böel (Schleswig-Holstein) - Bei einem dreitägigen Freundschaftstreffen zum Gedenken an den verschiedenen Thies Christophersen (vgl. BNR 21/97) versammelten sich alte und junge Kameraden aus dem Bundesgebiet, der Schweiz, Schweden und Belgien. Ca. 150 Personen bevölkerten den Friedhof mit dem Grab der Nazi-Ikone in der Gemeinde Böel (Kreis Schleswig-Flensburg). Die Polizei riegelte das Gelände hermetisch ab. Vor der Grabstätte wurden mehrere Reden gehalten, dazu Fackeln angezündet. U. a. dabei: der bekannte Hamburger Rechtsaußen-Anwalt Jürgen Rieger sowie Wolfgang Juchem („Aktion Freies Deutschland“) - offenbar ist letzterer auf den Hund gekommen. Die Organisatorin Claudia Brüning aus Oldenburg - mehrfach Autorin in der „Bauernschaft“ - reiste gleich mit xfachem Begleitschutz in Form junger Skinheads an. Den Abschlußtag prägte ein Besuch des schleswig-holsteinischen Landesmuseums in Schleswig. Dort interessierten sich die rechten Besucher für die Geschichte der Wikinger sowie die Haithabu-Vergangenheit - ein gedanklicher Faden, der gern von Jürgen Riegers Cliques um den „Nordischen Ring“ und die „Artgemeinschaft“ aufgegriffen wird. Bereits 1986 tagten eben diese in Schleswig, und Rieger war dabei der Organisator des „heimatgeschichtlichen Exkurses“.

Dresden - Die in Dresden mit ihrer Bundesgeschäftsstelle ansässige „Deutsche Soziale Union“ verkündet ihre Botschaften zunehmend via Internet: „Ab sofort kämpfen wir um den politischen Einfluß in den Gemeinden, den Landesparlamenten und auf der Bundesebene, um die negativen Folgen der Politik der Kohl-Kinkel-Regierung für die nationale Souveränität Deutschlands so gering wie möglich zu halten, multikulturelle Fehlentwicklungen zu stoppen und wieder eine an den Interessen unserer deut-

schen Bürger orientierte Politik herbeizuführen“ heißt es auf ihrer Homepage. Unter der presserechtlichen Verantwortung der Medienreferenten der DSU (Rudolf Andreas, Thüringen, zuständig für „Mitteldeutschland“, und Andreas J. Marliany, Rheinland-Pfalz, Zuständiger für Westdeutschland“), will die stramm rechte Partei in den nächsten Wochen ein „DSU-INTERNET-INFORMATIONSPROGRAMM“ aufbauen.

Düsseldorf - Der nordrhein-westfälische Innenminister Franz Josef Kniola hat davor gewarnt, die Erfolgchancen von Rechtsextremisten bei Wahlen zu unterschätzen, wie das Beispiel Hamburg zeige. Eine „Vereinigte Rechte“ werde es aber nach seiner Einschätzung für die Bundestagswahl 1998 nicht geben, erklärte Kniola am 6. November bei der Vorstellung des Verfassungsschutz-Zwischenberichts in Düsseldorf. Im rechten Lager attestiert der Minister den REP faktisch eine Vorherrschaft. „Sie werden sich in NRW auf das Ruhrgebiet und die Rhein-schiene konzentrieren, wo sie schon bei früheren Wahlen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt haben“, prognostizierte Kniola.

Eichsfeld (Thüringen) - Der „nationale Aktivist“ (NIT Rheinland) Falko Pareigis, der im Juni wegen der Verbreitung von NS-Proganda vor dem Landgericht Mühlhausen stand und 100 gemeinnützigen Arbeitsstunden und einer Geldstrafe verurteilt wurde, gibt das Blättchen „Kameradenhilfe. Informationsschrift für National-politische Gefangene der >B.R.D.<“ heraus. Der Neonazi, der einer Phantomgruppe namens „Freundeskreis nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille“ vorsteht, schreibt darin u. a.: „Das Deutsche Reich besteht fort. Es ist nie untergegangen!“

Heidenheim (Bayern) - Der „Verlag Neue Ordnung“ im bayerischen Heidenheim macht derzeit massive Werbung in Neonazi-Kreisen für das Buch „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“ von Herbert Schweiger, einst SS-Untersturmführer und Angehöriger der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (LAH). Geschäftsführer des Verlages ist Hans Jaus, Ex-Funktionär der verbotenen „Wiking-Jugend“.

Jena - Karsten Rausch (Burschenschaft der Märker-Berlin) wurde vom Burschen- und Altherrentag in Jena zum Nachfolger des aus persönlichen Gründen zurückgetretenen Pressereferenten der „Deutschen Burschenschaft“ (DB), Hans-Ulrich Kopp (Danubia München), bestimmt. Beisitzer im Hauptausschuß sind die „Verbandsbrüder“ Torsten Welke (Jenensia

Jena) und Hannes Gnad (Hilaritas Stuttgart); Ersatzmitglied ist Siegfried Fetting (Libertas Wien). Im Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit sind künftig Sven Krämer (Jenensia Jena) und Jürgen Schwab (Thessalia Prag zu Bayreuth); Ersatz ist Björn Jörges (Germania Würzburg). Schwab ist Autor des in diesem Jahr beim „Nation Europa Verlag“ (Coburg) erschienen Buches „Die Meinungsdictatur. Wie >demokratische< Zensoren die Freiheit beschneiden“. Bekannt ist Schwab auch als Schreiberling in den „Staatsbriefen“, „Wir selbst“, „Nation+Europa“, Referent bei der „Freien deutschen Sommerakademie“ und als Ex-REP-Kreisvorsitzender.

Kiel - Für den 15./16. November lädt der „ELEMENTE - Studien- und Leserkreis Nord“ im Raum Kiel zum Thema „Indo-europäische Naturreligion - Erbe als Zukunft“ ein. Neben Vorträgen von Pierre Krebs und Jürgen Rieger wird ein Rahmenprogramm aus Infoständen, eine Feuerzeremonie und „Heldegedenken“ geboten. Das Abendprogramm gestaltet „Swantje Swanhit“ (= Iris-Katrin Fischer aus Hamburg, Leserbriefschreiberin in der „Jungen Freiheit“), deren „Elfenzauber“ seit Jahren bei den „Hettendorfer Tagungswochen“ zu bewundern ist. Nähere Infos erteilt der 21jährige Student Andreas Rothmann, schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender des rechtsextremistischen „Bund für Gesamtdeutschland“ in Kiel.

Kösching - Auf dem Lesertreffen der „Nation-Europa-Freunde e.V.“ am 2. November in Kösching bei Ingolstadt sind neben anderen der rechtsextremistische Wanderprediger Alfred Mechtersheimer und der Front National-Europaparlamentarier Yvan Blot als Redner aufgetreten. Beide waren zwei Wochen zuvor auch bei dem Parteitag der „Republikaner“ in Dietramsried/Allgäu vertreten. Nach Eigenangaben sollen an der Veranstaltung der „Nation-Europa-Freunde“ auch zahlreiche Funktionäre der „Republikaner“ teilgenommen haben; Hauptredner waren Franz Schönhuber und Harald Neubauer, die wieder einmal an die Einigungsbereitschaft der deutschen Patrioten appellierten.

Ludwigshafen - Anfang Oktober eröffnete der neonazistische Skinhead Christian Hehl (28) in seiner Heimatstadt Ludwigshafen ein Ladengeschäft. In „Hehl's World“ finden die rechten „Kameraden“ alles, was das braune Herz begehrt. Der mehrfach vorbestrafte Hehl, er wurde während der Haft von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) betreut, hatte erst vor kurzem vor dem Landgericht in Franken-

thal seinen Ausstieg aus der braunen Szene beteuert.

München - Der „Tonträgervertrieb“ von Jens Pühse, Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“, hat zu einer Spendenaktion für die Familie des 1994 ums Leben gekommenen US-Neonazis Joe Rowan (1972 geboren) aufgerufen. Rowan war Sprecher der „Hammer-Skin Nation“ und Sänger bei deren Band „Nordic Thunder“ aus New Jersey. Das Spendenkonto (Meschede) hat Bernd Krick vom Skin-Zine „Moonstomp“ eingerichtet.

Schriesheim - Für die Bürgermeisterwahlen in Schwetzingen und in Schriesheim bei Heidelberg am 30. November hat der NPD-Dauerkandidat Günter Deckert seine Kandidatur angemeldet. Beide Kommunen haben jedoch angekündigt, den inhaftierten früheren Bundesvorsitzenden der NPD nicht zur Wahl zuzulassen. Auch ein Widerspruch Deckerts hätte keine aufschiebende Wirkung für die Wahl, selbst wenn er klagen sollte.

Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis) - Die beiden Rechtsextremisten Michael Schill und Maico Becker betreiben seit kurzem dem „Asgard-Versand“ in Sinsheim. In dem achtseitigen Prospekt des Versandhandels werden „T-Hemden“ („Odins Erben“, „Nordland“, Gedenke deiner Ahnen bis in alle Ewigkeit“, germanischer Schmuck („Thorshammer“), Aufnäher, Plakate, Gürtelschnallen („Thor“ und „Valhalla“) angeboten. Der 28jährige Schill gehörte bereits in den 80er Jahren den Wehrsportgruppen „Werwolf 21“ und „Werwolf Baden, 2. Sturm Sinsheim“ an. Wegen Verbreitung von Propagandamaterial und Volksverhetzung wurde der Neonazi 1987 vom Amtsgericht Karlsruhe und 1991 vom Heidelberger AG verurteilt. Anlässlich einer Hausdurchsuchung wurde bei Schill 1989 eine Art „schwarze Liste“ von Mitgliedern und Funktionären der Partei „Die Grünen“ gefunden. Anfang der 90er wirkte Schill bei der 1994 wieder aufgelösten neonazistischen „Nordischen Jugend“ mit. Die NJ war im nordbadischen Raum aktiv und stand den „Jungen Nationaldemokraten“ nahe. Die Postfachadresse der „Nordischen Jugend“ dient nun dem „Asgard-Versand“.

Straubing (Bayern) - Wegen „Verunglimpfung des Staates“ ist der JN-Funktionär (stellvertretender Bundesvorsitzender) Sascha Roßmüller, so die Angaben des „Nationalen Infotelefon Schleswig-Holstein“, zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 1.200,- verurteilt worden. Vorgeworfen wurde ihm, durch die Ver-

wendung eines Begriffes in einer öffentlichen Rede den rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik Deutschland verneint zu haben. Roßmüller, Autor in „Einheit und Kampf“, war einst Funktionär des 1993 verbotenen „Nationalen Blocks“ und kandidierte im September 1994 auf der NPD-Liste zu den bayerischen Landtagswahlen.

Werdohl (NRW) - Der im Sommer 1995 von Neonazis gegründete „Deutsche Jugend Bund“ (DJB), dessen „Hauptziel“ nach Eigenangaben darin besteht, kostengünstiges Propagandamaterial in umfangreichen Mengen den Kameraden an der Basis zukommen zu lassen, bietet im aktuellen Materialkatalog u. a. DIN A4-Plakate („Rudolf Hess - Märtyrer des Friedens“) und Aufkleber („Widerstand - Jetzt!“ „>BRD<“ heißt das System - morgen wird es untergehen“ an. Presserechtlich zeichnet Holger Stenzel (Werdohl) verantwortlich. Aufkleber des DJB können auch über die Neonazi-Mailbox „Widerstand“ bestellt werden.

Witten - Der neonazistische „Buchdienst Witten“, gegründet von Friedrich Kathagen (Freiwilliger der Waffen-SS, Mitbegründer der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ >HIAG<), hat wieder eine Ausgabe seiner „Wurfpost“ veröffentlicht. Abgedruckt sind Beiträge von Wilhelm Keiper (Autor in den SS-treuen „Leitheften“, der „Bauernschaft“, „Revolute“ >“Nationalistische Front“<), Lothar Greil (Ex-HIAG-Generalsekretär) und Frank Rennie (Ehningen/Baden-Württemberg). Per Anzeige bietet Rennie auch seinen Kameraden eine „Staatsbürgerliche Reihe“ = „Redevorträge zur Meinungsbildung von mündigen Bürgern“ an; meinungsbildend sind danach: Jürgen Rieger, Heinrich Piebrock, Eda Schmidt und Herbert Schaller.

Ausland

Belgien (Berchem) - Das „Rudolf-Gutachten“ des Holocaustleugners Germar Rudolf, verheirateter

Adresse:

Scheerer, ist per Diskette zum Kaufpreis von DM 40,- bei der 1985 gegründeten belgischen „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ („Freie Historische Forschung“) von Siegfried Verbeke, einst Aktivist der neonazistischen Terrororganisation „Vlaams Militante Orde“ (VMO) erhältlich. Die Diskette enthält Links zu entsprechenden Webseiten von Revisionisten. Verbeke verfügt derzeit über eines der umfangreichsten Materialangebote in Sachen Holocaustleugnung. Im aktuellen Angebot u. a.: „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von „Ernst Gauss“ (= Germar Rudolf), „Der Auschwitz Mythos“ von Wilhelm Stäglich, „Jahrhundertbetrug“ von Arthur Butz, „Wahrheit für Deutschland“ von Udo Walendy, „Die Auschwitz-Lüge“ von Thies Christophersen, „Freispruch für Hitler?“ von Gerd Honsik, „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ von Jürgen Graf, „Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls und der dazugehörigen Schriftstücke“ von Roland Bohlinger und Johannes Peter Ney.

Dänemark (Kopenhagen) - Die Neonazi-Partei DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung“) wurde zu den Kommunalwahlen am 18. November in der nahe der Hauptstadt Kopenhagen liegenden Gemeinde Greve, dem Wohnsitz des Vorsitzenden Jonni Hansen, zugelassen. Beim „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ im Jahr 1995, der im dänischen Roskilde durchgeführt worden war, hatte die DNSB eine federführende Rolle gespielt. Auch für August 1997 trommelten die dänischen Neonazis zu einem Aufmarsch, der dann in Koge, südlich von Kopenhagen, unter Beteiligung von 150 Personen, stattfand.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Gestaltung:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten